



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/148 - 4. Juli 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Die Aufgabe bleibt</u> Von Franz Barsig	56
2 - 3	<u>Innenpolitisch in scharfer Opposition</u> Für Unterstützung der Algerienverhandlungen - Der diesjährige Parteikongreß der SFIO Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris	100
4	<u>Mikojans Fiasko in Norwegen</u> Verletzung der Gastfreundschaft Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Rudolf Hübner	49
5 - 6	<u>Vor 40 Jahren</u> Die Volksabstimmung am 11. Juli 1920 in Ostpreußen Von Richard Kinat, MdB	74
7	<u>Parteien zerbrechen, Minister bleiben</u> Zum Auseinanderbrechen der DP-Bundestagsfraktion	27
7	<u>Weil Neger ihn abführten ...</u> Zum Anasberger Schwurgerichtsprozeß	28
8	<u>IG Bergbau warnt vor dem Schatten Hugenbergs</u> Gewerkschaften und Meinungsmonopol	52

\* \* \* \*  
\* \* \*

Von Franz Barsig

Wer mit Fleiß die Nachkommentierungen der außenpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages vom 30. Juni verfolgt hat, der wird vielfach Betrachtungen über das Thema gefunden haben, wer nun aus dieser Debatte als Sieger hervorgegangen ist. Die Sozialdemokratische Partei hätte wenig Anlaß, sich über diese Nachbetrachtungen zu ärgern, denn im allgemeinen wird ihr bescheinigt, daß sie eine recht gute Figur gemacht hat.

Trotzdem, sie sieht diese Art und Behandlung der Debatte nicht gern. Vor allem nicht in dieser Zeit, in der es wahrlich nicht darauf ankommt, ob es in einer solchen parlamentarischen Auseinandersetzung Sieger oder Besiegte gegeben hat.

Der Prüfstein für diese Debatte war, ob es auch nach ihr möglich sein wird, in gemeinsamer Anstrengung zu prüfen, wie man den, was in den nächsten sechs bis acht Monaten an sowjetischen politischen Vorstößen geschehen kann und zu erwarten ist, mit Erfolg begegnen kann. Diese Möglichkeiten hat die Debatte nicht verschüttet, obwohl die CDU/CSU - hier handelte sie noch nach dem Konzept, das sie sich vor der Debatte vorgenommen hatte - durch die Nichtüberweisung von zwei Resolutionen so getan hat, als wenn das Thema gemeinsame Bestandsaufnahme für sie erledigt wäre. Daß das nicht der Fall ist, hat in der Zwischenzeit einer der Hauptsprecher der CDU in außenpolitischen Fragen, Ernst Majonica, bestätigt, der in einer Rundfunksendung am 3. Juli sich ausdrücklich zu der Fortsetzung von Gesprächen bekannt hat.

Eine solche Haltung mag für die CDU/CSU nicht leicht sein, denn ihr ging es in der Vorgeplänkel und in der Debatte selbst zunächst einmal darum, den innenpolitischen Gegner zu treffen. Sie wird in der Zwischenzeit selbst festgestellt und aus der Reaktion der Öffentlichkeit erkannt haben, daß eine solche Haltung vor der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird.

Aber alles das sollten Überlegungen zweitrangiger Natur bleiben. Wichtig ist einzig und allein, wie man möglichst gemeinsam die Probleme der Zukunft meistert. Die Bestandsaufnahme sollte deshalb in den dafür geeigneten Gremien - und das wäre vorwiegend der außenpolitische Ausschuß - mit der Prüfung folgender Fragen beginnen:

1. Was kann getan werden, um möglichen einseitigen politischen Veränderungen des gegenwärtigen Berlinstatuts entgegenzuwirken? Diese Prüfung sollte alle Maßnahmen umfassen, die von sowjetischer Seite eingeleitet worden sind, um die Position Berlins zu schwächen aber ebenso auch alles, was wir tun können, um den freiheitlichen Status von Westberlin zu verstärken. Dabei muß man natürlich auf dem laufenden bleiben, denn trotz Chruschtschows Zusage, vor der Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten würde nichts passieren, ist man vor sowjetischen politischen Aktionen nach wie vor nicht sicher.
2. Welche Ansatzpunkte kann man finden, um die deutsche Frage in internationale Diskussionen und Verhandlungen zu bringen?
3. Welche Anstrengungen können von seiten der Bundesrepublik unternommen werden, um die unterbrochenen Abrüstungsverhandlungen wieder in Gang zu bringen und zu ihrem erfolgreichen Abschluß beizutragen?

Diese Probleme sollte man möglichst bald in gemeinsamen Beratungen prüfen und sich nicht weiter darin gefallen, ein Fragekastenspiel zu betreiben.

Ob schließlich ein Erfolg der gemeinsamen Bemühungen zustande kommt, wird aber sehr von der Haltung des Bundeskanzlers abhängen, der auf die Frage, was er von der Debatte und den dort gegebenen Anregungen halte, lakonisch "gar nichts" sagte. Wir hätten davon viel und meinen, das deutsche Volk auch. Die Zukunft wird zeigen, welche Beurteilung die richtigere ist.

## Innenpolitisch in scharfer Opposition

Für Unterstützung der Algerienverhandlungen -

Der diesjährige Parteikongreß der SFIO

Von Günter Varkscheffel, zur Zeit Paris

Der 52. Jahreskongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO), der am vergangenen Wochenende im Pariser Vorort Issey-les-Moulineaux stattfand, widmete einen großen Teil seiner Diskussionen - wie nicht anders zu erwarten war - dem Algerienproblem. Die entscheidende Resolution begrüßt die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und den Vertretern der Aufstandsbewegung FLN, wünscht einen baldigen Erfolg dieser Verhandlungen und erhebt scharfen Protest gegen alle politischen Kräfte in Algerien oder im Mutterland Frankreich, die durch überspitzte Forderungen einen baldigen Friedensschluß sabotieren wollen. Die Sozialistische Partei Frankreichs bekennt sich uneingeschränkt zum Selbstbestimmungsrecht der Einwohner Algeriens nach einer Periode der Entspannung und der Sicherung des Rechtes der Minderheiten und wünscht ein Algerien, das seinen Platz in der Gemeinschaft mit der französischen Republik finden möge.

Eine starke Minderheit unter Führung des früheren Ministers Gazier und Defferre hatte vorgeschlagen, die Parteien mögen sich eindeutig dafür aussprechen, daß die zur Zeit stattfindenden Verhandlungen, die sich zunächst nur auf eine Waffenruhe erstrecken, gleichzeitig auf die politischen Fragen des Algerienproblems auszudehnen sind.

Die erste EntschlieÙung, die hauptsächlich von den großen Bezirken im Norden Frankreichs unterstützt worden war, wurde mit 1 876 Mandaten angenommen. Die EntschlieÙung Gaziers - Defferres fand die Unterstützung von 1 295 Mandaten. Max Lejeune, der frühere Sahara-Minister, konnte für seine EntschlieÙung, in der zwar ebenfalls die gegenwärtigen Verhandlungen begrüßt werden, aber ein "Französisches Algerien" angestrebt wird, nur 174 Mandate erreichen.

### Für Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen

Der Parteitag sprach sich einstimmig für die Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen aus und forderte - "trotz aller Schwierigkeiten" -, daß die Westmächte ihren Willen zur Entspannung und zur Verständigung mit dem Osten manifestieren. Die Lösung der internationalen Probleme, einschließlich der Berlin-Frage, ist auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes anzustreben. Die SFIO lehnt den Neutralismus ab, fordert aber, daß "Frankreich eine aktive Rolle bei dem Versuch einer Annäherung von West und Ost und bei der Abrüstung spielen soll".

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang der in der EntschlieÙung zur internationalen Politik enthaltene Satz:

"Frankreich soll keineswegs einen enormen Teil seines Volkvermögens der Schaffung einer nationalen 'Force de Frappe' (Schlagwaffe) opfern, die ohnehin von illusionärer Wirkung ist und außerordentlich hohe Kosten verursacht". -

In der französischen Öffentlichkeit wird dieser Teil der EntschlieÙung als Absage an de Gaulles Atomwaffenpläne gewertet.

Die Opposition der Sozialisten gegen die Regierung hat auf diesem Parteitag schärfere Akzente erhalten. So werden zum Beispiel in einem Manifest die Bauern ausdrücklich zu ihren Protestaktionen gegen die unzulängliche Agrarpolitik beglückwünscht und aufgefordert, gemeinsam mit den Arbeitern dem Kampf um die Modernisierung der Landwirtschaft und ih-

ren gerechten Platz in der nationalen Wirtschaft fortzusetzen.

Überhaupt ist die SFIO in allen innenpolitischen Fragen jetzt ohne Zweifel entschlossen, eine sehr harte Auseinandersetzung mit der Regierung Debré zu führen. Diese Entschlossenheit kommt besonders in den Resolutionen zur sozialen Lage, zum Versuch der Konfessionalisierung des Schulwesens und der Einschränkung demokratischer Freiheiten zum Ausdruck. Hierbei wird allerdings darauf geachtet, daß die Partei nicht in die Nähe der Kommunisten gerät, deren Bestreben es ist, auf der Grundlage ähnlicher Forderungen und Proteste eine Art "Volksfrontklima" in Frankreich zu schaffen.

#### Schwierige Lage der Sozialisten

An diesem Punkt zeigt sich die schwierige Situation der französischen Sozialisten. Inzwischen haben nämlich die Gewerkschaften aller politischen Richtungen, einschließlich der christlichen Gewerkschaften, die von der SFIO abgelehnte Durchführung mit den Kommunisten auf der Basis gemeinsam vertretener sozialer Forderungen bereits praktiziert. Deswegen geachtet ist die Sozialistische Partei fest entschlossen, ihre Unabhängigkeit in vollem Umfange zu wahren. Vereinzelte Versuche auf dem Parteitag, dieses Prinzip zu lockern, wurden mit großer Mehrheit zurückgewiesen.

Nach den Wahlen zum Parteivorstand - der bisherige Generalsekretär Guy Mollet wurde mit der drittgrößten Stimmenzahl wiedergewählt - ereignete sich ein Zwischenfall: Der frühere Minister Albert Gazier, der ebenfalls mit hoher Stimmenzahl wiedergewählt wurde, erklärte in Namen der gewählten Vorstandsmitglieder Pireaux, Bidet, Fuzier und Weil-Raynal, daß er und seine Freunde die Wahl nicht annehmen, da sie festgestellt hätten, daß einige große Bezirke durch das "Aufhäufeln" von Stimmen die Wahl eines Kandidaten unmöglich gemacht hätten, "weil dieser nicht die Auffassungen der Mehrheit zeigt".

Gazier forderte den Parteivorstand auf, ein neues Statut für die Wahl auszuarbeiten, um in Zukunft zu verhindern, daß Kandidaten aus dem Führungsgremium gedrängt werden, die unbequeme Ansichten vertreten. Mit grossem Ernst erinnerte Gazier daran, daß diese Methode in der Vergangenheit zur Isolierung wertvoller Mitglieder und schließlich zu deren Austritt aus der Partei geführt habe. Der Parteitag beschloß einstimmig, die frei gewordenen Sitze offenzuhalten, bis die Angelegenheit geregelt ist. Man darf annehmen, daß die Demonstration Gaziers und seiner Freunde als Beitrag zur Diskussion über die Frage zu werten ist, ob zwischen der SFIO und der im Jahre 1958 ausgetretenen Gruppe um Depreux wieder Brücken geschlagen werden können.

#### Starke Beachtung in der Öffentlichkeit

Der Parteitag der SFIO hat in der französischen Öffentlichkeit ausserordentlich starke Beachtung gefunden. Einmal deswegen, weil die Partei im Grunde genommen ohne wesentliche Vorbehalte die Bemühungen de Gaulles um die Beendigung des Algerien-Krieges unterstützt, zum anderen, weil sie ihre Opposition gegen die Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung mit großer Schärfe manifestiert hat. In der Algerienfrage kann de Gaulle also sicher sein, daß die Partei jeden Versuch der Sabotage der augenblicklich im Gange befindlichen Verhandlungen mit aller Entschlossenheit zurückweisen wird. Innenpolitisch müssen er und sein Ministerpräsident Debré allerdings mit der schärferen Frontstellung der französischen Sozialisten rechnen.

### Mikojans Fiasko in Norwegen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Rudolf Hübner

Mikojans sechstägiger Aufenthalt in Norwegen war für Moskau ein Fiasko. Es hatte schon Aufsehen erregt, dass zur Eröffnung einer Sowjetausstellung in Oslo kein Geringerer als der Erste stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion erschien, obwohl er wenige Wochen vorher Oslo besucht und Gelegenheit hatte, mit den norwegischen Staatsmännern zu konferieren. Dass Mikojan sich sogar sechs Tage Zeit nahm, um eine kleine Rundreise in Norwegen zu absolvieren, führte zu manchem Rätselraten. Vielleicht wollte Moskau den schlechten Eindruck verwischen, den Chruschtschows und Malinowskis massiven Angriffe und Drohungen im Zusammenhange mit der U 2-Affäre in Oslo hervorgerufen hatten. Möglicherweise hielt man Norwegen für den geeignetsten Punkt, um den Atlantikpakt aufzubrechen. Mikojan selbst bezeichnete als Zweck seines Besuches die Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Keines ist gelungen. Mikojans Auftreten zeugte von einer vollkommenen Verkennung der norwegischen Mentalität. Die Norweger haben es ihm sehr verübelt, dass er als Gast Norwegens dessen Alliierten, die Vereinigten Staaten, wiederholt heftig angegriffen hat und dass er von Norwegen aus Macmillan und de Gaulle mangelnde Zivilcourage gegenüber Eisenhower vorgeworfen hat. Sie hielten auch Mikojans Wahnungen, norwegisches Territorium nicht für aggressive Unternehmen gegen die Sowjetunion zur Verfügung zu stellen, für eine überflüssige Schulmeisterei, da Moskau die konsequente Friedenspolitik der Norweger bekannt sein muss. Dass er sich gegen die wirtschaftliche Integration im freien Europa aussprach, obwohl im Sowjetbereich der Wirtschaftsblock des Komkom forciert wird, wurde als altbekannte Inkonsistenz nur nebenbei registriert.

Mikojans Ausfälle wurden so peinlich empfunden, dass Außenminister Lange sich veranlasst sah, bei Eröffnung der sowjetischen Industrieausstellung Mikojan vorsichtig, aber eindeutig zurechtzuweisen. "Arbeiderbladet", das Regierungsorgan, kommentierte Mikojans Auftreten mit der Feststellung, dass ihm die Verbesserung der Beziehungen zwischen Norwegen und Sowjetunion nicht gelungen sei und dass er die norwegische Gastfreundschaft durch seine Angriffe auf die Freunde Norwegens verletzt habe.

Eine indirekte Antwort auf Mikojans Ausfälle gab übrigens auch die Tagung der NATO-Vereinigungen, welche während seines Besuches in Oslo eröffnet wurde. Der norwegische Außenminister Lange sagte, die Entwicklung der Massenvernichtungswaffen habe offenbar Chruschtschow zu der Auffassung bekehrt, dass ein Krieg keine Sieger mehr kennen würde. Der Bolschewismus verstehe aber unter "friedlicher Koexistenz" nur die Eroberung der Welt mit anderen als militärischen Mitteln. Man möge sich daher hüten, die Weltkonflikte einseitig militärisch zu werten. Viele Spannungen können in absehbarer Zeit kaum gelöst werden, aber jede Chance eines Abrüstungs- und Entspannungsvorschlages solle auf seine Realisierbarkeit untersucht werden und eine Ausweitung des Ost-West-Konfliktes auf bisher verschont gebliebene Bereiche müsse verhindert werden. Die Zusammenarbeit in der freien Welt müsse gestärkt werden; die Aufteilung des freien Europa in zwei Wirtschaftsblocke wäre ein schwerer Rückschlag.

+ + +

Vor 40 Jahren

Von Richard Kinat, WdB

Der Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg folgte im Jahre 1919 der diktierte Friedensvertrag von Versailles, am 28. Juni 1919 unterzeichnet und am 10. Januar 1920 ratifiziert. Seine politischen und wirtschaftlichen Bedingungen waren hart und trugen u. a. dazu bei, daß sich ein erheblicher Rechts- und Linksradikalismus in Deutschland breitmachte. Das Geschrei der Rechtsextremisten ging richtig los, als die deutsche Nationalversammlung die bedingungslose Unterzeichnung des Friedensdikates von Versailles beschloss. Der Begriff "Verzichtpolitiker" kam hoch, und Politiker wie Rathenau und Erzberger fielen rechtsradikalen Heckenschützen zum Opfer. Diese Kreise übersahen völlig, daß sie mitschuld waren an der unnötigen Ausweitung und Verlängerung des Krieges, um der Politik des "Altdutschen Verbandes" doch noch eine Chance zu verschaffen. Das schlug fehl, und der Träger dieser Politik, Wilhelm II., suchte sein Heil in der Flucht und Abdankung. Was dann in Deutschland folgte und als November-Revolution verschrien wurde, war keine solche, sondern eine Rebellion der Soldaten und Rüstungsarbeiter.

## Gebietsabtretungen

Nach der deutschen Niederlage erhoben fast alle Nachbarstaaten Forderungen auf Abtretung von deutschen Gebieten. Belgien erhielt Eupen-Malmedy, Frankreich Elsaß-Lothringen und für 15 Jahre das Saargebiet, die Tschechen erhielten das Hultschiner Ländchen, Nordschleswig ging an Dänemark und das Gebiet um Soldau an Polen ohne jede Befragung der dort ansässigen Bevölkerung verloren. Die Staatsgebilde, die man später als Danziger Freistaat und autonomes Memelgebiet geschaffen und unter fremde Oberhoheit gestellt hatte, waren in Wirklichkeit Annektionen auf Umwegen (siehe Südtirol). Es wurde der polnische Korridor geschaffen, der Ostpreußen vom deutschen Mutterland abschnitt. Die Polen waren durch ihren Anteil an Gebietszuwachs noch nicht befriedigt und richteten ihr Annektionsziel auf Oberschlesien, Masuren und Ermland. Sie traten bereits am 1. November 1918 mit ihrer Forderung auf Volksabstimmung im Regierungsbezirk Allenstein (Masuren und Braßland) und im Regierungsbezirk Marienwerder offen hervor. Als der Umsturz in Deutschland vieles durcheinander warf, glaubten sie, mit Gewalt die Situation verändern zu können. Die Warschauer Regierung hatte die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung schon am 15. Dezember 1918 abgebrochen, und bald darauf geriet die Provinz Posen durch einen Aufstand in polnische Hand.

## Weitgehende polnische Pläne

Die Gefahr für Ostpreußen wurde dadurch recht groß, obgleich den Polen bei einem ähnlichen Versuch wie in Posen eine zum Kampf entschlossene

Bevölkerung entgegengetreten wäre. Eine weitere Bedrohung für Ostpreußen war die sogenannte Haller-Armee in Stärke von 40 000 Mann, die während des Krieges in Frankreich ausgebildet und gut ausgerüstet worden war. Diese Armee wollte nach Polen zurück und auf ihrem Rückweg sich um das Gebiet des "polnischen Korridors" festsetzen. Das hätte eine gefährliche Situation für Ostpreußen abgegeben, und man war froh, daß die Haller-Armee nach Kongress-Polen zog. Warschau hatte sich mit seiner Gewaltpolitik gegenüber Ostpreußen in Paris nicht durchsetzen können, und so brachte der Friedensvertrag von Versailles den bedrohten Masuren und Ermländern wenigstens das Recht auf freie Selbstbestimmung über ihr nationales Schicksal.

Hüben und drüben ging es los mit der Agitation und Propaganda für die Abstimmung. Die Deutschen konnten sich eigentlich nur auf das Heimatrecht und eine treudeutsche Bevölkerung in Masuren und Ermland stützen, wie ich sie in vielen Abstimmungsversammlungen kennengelernt habe. "Dieses Land bleibt deutsch" war keine billige Propaganda, sondern Überzeugung und Herzenssache der Masuren und Ermländer. Die Polen waren in allem in der Vorhand, sie erfreuten sich des Wohlwollens der Besatzungsmächte, ganz besonders der Franzosen. Die katholische Kirche in Polen - im Verein mit dem dortigen evangelischen Generalsuperintendenten Bursche - ließ es an einer Beeinflussung der Masuren und Ermländer nicht fehlen. Die Gläubigen beider Konfessionen sind dieser Beeinflussung nicht unterlegen, sondern sie stimmten am 1. Juli 1920 mit 97,5 Prozent für ein Verbleiben in Deutschland und nur mit 2,5 Prozent für einen Anschluß an Polen.

#### Sieg des Selbstbestimmungsrechtes

Damit war der unstreitige Beweis erbracht, daß die Bevölkerung in Masuren und Ermland deutsch dachte und fühlte.

Am 10. Juli 1960 werden die Überlebenden von ihnen zusammen mit allen Deutschen, die auch heute das Selbstbestimmungsrecht fordern, den Abstimmungssieg von Ostpreußen in würdiger Form begeden. Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker kann auf der Grundlage der Demokratie Völkerrecht geschaffen. Es ist an der Zeit, daß sich diese Erkenntnis die Siegermächte des zweiten Weltkrieges bald zu eigen machen, weil nur dadurch ein Frieden geschaffen werden kann, der von Dauer ist. Ohne das Selbstbestimmungsrecht der Völker in nationalen Lebensfragen gibt es keine politische Lösung, die der Menschheit den Frieden bringt und erhält.



Parteien zerbrechen, Minister bleiben

sp - Die Ministerstühle im Kabinett Adenauer haben es in sich. Sie üben eine eigentümliche, Festigkeit und Charakterstärke nicht gerade fördernde Anziehungskraft aus. Sie ist stärker als die Loyalität zu den Parteien, aus deren Reihen die Koalitionsminister kamen. Das fing schon mit den BHE-Ministern Kraft und Oberländer an. Als der BHE 1956 in Gegensatz zur CDU und ihrem Chef geriet - die Angst, die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen zu können, spielte freilich auch mit -, zogen seine Vertreter im Kabinett nicht die entsprechenden Folgerungen, sie verblieben in der Regierung und sahen lieber die Partei, innerhalb deren sie hochgekommen waren, in Brüche gehen, als auf Ministerstühle zu verzichten. Kraft und Oberländer blieben kein Einzelfall. Die damaligen Vertreter der FDP im zweiten Kabinett Adenauer, Preusker, Schäfer, Blücher und Neumayer, fanden die Würde, Bundesminister zu sein, verlockender, als der Partei die Ehre zu bewahren, aus der sie kamen. Was gelten schon politische Grundsätze? Sie waren und sind auswechselbare Münze - auch für die bisherigen DP-Minister von Merkatz und Seeborn. Bei diesen ist es freilich mehr die Furcht, in der politischen Wüste zu verschwinden, wenn sie auf eine Partei setzen, von der sie annehmen, sie werde nicht mehr Steigbügelhalter für Ministerstühle sein können. Da gelten keine Bindungen mehr und auch keine Treue, beides wird geopfert, um in der Gunst zu bleiben. Wer will nun dem Alten von Rhöndorf seine Menschenverachtung verargen? Diese Männer, die er zu Ministern wählte, sind Männer, denen der Kabinettsstuhl alles gilt; sie mögen sich noch der Gnade erfreuen, als Politiker haben sie auf nicht gerade rühmliche Weise ausgespielt. Die Berufung auf die äußere Not unseres Volkes und damit verbundene Vorwürfe gegen die eigene Partei, gehören gewissermaßen schon zur Standardrechtfertigung solchen Stellungswechsels und Parteiverrates; überzeugend wirkt es nicht.

+ + +

Weil Neger ihr abführten ...

sp - Weil der wegen Rechtsbeugung und Mordes angeklagte frühere SS-General Simon nach dem Zusammenbruch von Negern abtransportiert wurde, mußte der damalige Kommandant des Hauptquartiers des 13. Armeekorps zum ersten Mal nach seiner Schulentlassung wieder weinern. Man erinnert sich: Simon steht mit einigen anderen Angeklagten zum dritten Mal vor dem Schwurgericht in Arnstberg. Tatbestand: Sie in den allerletzten Kriegstagen erfolgte Hinrichtung von drei Bürgern. Der eine, ein Bauer, wurde von einem SS-Standgericht zum Tode verurteilt, da er einige Hitlerjungen entwaffnet hatte, die die Ortschaft gegen die amerikanischen Panzer verteidigen wollten. Zwei Beisitzer dieses ad hoc einberufenen Gerichtes, ein Lehrer und der Ortsgruppenleiter der NSDAP, weigerten sich, das Todesurteil zu bestätigen. Daraufhin wurden sie auf Weisung des SS-Generals Simon mit dem Bauern zur Abschreckung an nächsten Baum aufgeknüpft. Der General selbst und sein Anhang zogen einige Tage später die sichere Gefangennahme einem unsicheren Kampfe vor. - In den ersten Verhandlungen beriefen sich Simon und die anderen Angeklagten auf den Befehlsnotstand; jetzt, fünfzehn Jahre später, sagen sie, sie würden, kämen sie heute in eine ähnliche Lage, wieder dasselbe tun. Welch' trauriges Sinnbild unbewältigter Vergangenheit ... Aber es kommt noch trauriger. Neun Offiziere aus der Umgebung Simons, darunter ein heute antirendender Kommandeur der Bundeswehr, hatten, als Zeugen vernommen, an Simon nichts auszusetzen; sie bezeichneten ihn als einen "tüchtigen und ordentlichen Soldaten" und fanden die sinnlose Hinrichtung von Zivilisten in Ordnung. Was ist das für eine Welt, in der diese Herren leben? Der eine von ihnen brach damals in Tränen aus, sie galten nicht den Hingerichteten, nicht den Millionen Opfern des Krieges, nicht dem Blut und Leiden, das er über die Völker brachte, sie galten dem SS-General Simon, dem die "Schande" angetan worden war, von Negern abgeführt zu werden. Das brach das Herz dieses Soldaten, darüber kam er nicht hinweg. Ist er heute darüber hinweggekommen?

+ + +



## IG Bergbau warnt vor dem Schatten Hugenbergs

sp. Es mag den Gästen und Delegierten der VII. ordentlichen Generalversammlung der IG Bergbau in Dortmund überraschend vorgekommen sein, dass das Vorstandsmitglied der Gewerkschaft, Walter Arendt, sich gleich am ersten Tage des Kongresses mit einem anscheinend etwas absseitigen Thema befasste, nämlich mit den Mitteln und Methoden der Meinungsbildung. Doch gerade die Bergarbeiter, die nur seit Jahren unter der Strukturkrise des deutschen Steinkohlenbergbaues leiden und deren soziale Konsequenzen zu tragen haben, verspürten auch in ihrem Kampf um soziale Gerechtigkeit und um die Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen die Macht der Meinungsbildung. Die Öffentlichkeit ist ihnen teilweise nicht nur mit Gleichgültigkeit, sondern sogar mit Voreingenommenheit gegen Abwehrmaßnahmen der IG Bergbau und gegen ihre Vorstellungen auf Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen begegnet.

Das Vorstandsmitglied der IG Bergbau wies nicht nur auf die Inseratenplantagen der Tagespresse und behilderten Wochenschriften hin, deren Inseratengeschäft einerseits verbietet, den Praktiken und Meinungen der zahlenden Inserenten, insbesondere der Industrie, kritisch entgegenzutreten, die sogar in Inseraten - wie z.B. der "Waage" und der "ASS", mit ihrem Herzen Unsereriner - die öffentliche Meinung beeinflussen. Für nicht weniger wirksam in der Ablenkung von den wirtschaftlichen und sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung bezeichnete er die niveaulosen Fortsetzungsserien über antiquierte Potentoten und deren Affären und Feste. Hier wie im Film, der sich der gleichen Methoden bedient, werde von den kritischen Zeitumständen, den Preisbewegungen, der sozialen Demontage usw. methodisch abzulenken versucht. Ähnlichen Zwecken dienten die Werkzeitschriften, die sich der Pflege sozialer Betriebsverbundenheit und patriarchalischer Fürsorge widmeten, anstatt Problemen der Betriebswirtschaft und der Produktion.

Auch Funk und Fernsehen, obgleich zur Zeit noch unter gesetzlichen Bedingungen betrieben, die eine einseitige Meinungsbildung verhüten sollten, unterlägen dem massiven Druck geschulter Meinungsbildner und organisierter Proteste wirtschaftlicher Interessentenorganisationen. Das kommende Zweite Programm solle sogar völlig den gleichen Prinzipien unterstellt werden wie die inseratenabhängige Presse. Bekanntlich soll es sich aus Werbeeinnahmen finanzieren, deren hohe Kosten nur durch Grossunternehmen getragen werden können. So droht auch hier, wie schon in anderen Publikationsinstrumenten, die Meinung der Grossbesitzenden beherrschend zu werden.

Zwar haben auch die Gewerkschaften mit ihren etwa 60 Organen und einer Auflage von etwa 8 Millionen ein scheinbar beachtliches Instrument der Meinungsbildung in der Hand, doch wird es schon durch wenige Wochenschriften in seiner Wirkung weit übertroffen. Diesen Tatbestand können die Gewerkschaften, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen, nicht übersehen. Sie können sich auch nicht mit dem Postulat des Grundgesetzes begnügen, dass jedermann das gleiche Recht zur freien Meinungsäußerung und Meinungsbildung hat, wenn, wie ersichtlich, sich wenige Besitzende über das papierene Grundrecht hinaus ein Monopol der Meinungsbildung schaffen. Das Beispiel des Hugenberg'schen Zeitungs- und Filmimperiums, das Hitler bei der Machtergreifung half, warnt alle guten Demokraten. Auch dieses Referat war nur als Warnung gedacht. Es bietet noch keine Konsequenzen, doch war es um der künftig zu ziehenden Konsequenzen wohl wert, auf einem Gewerkschaftstag gehalten zu werden.

+ + +